

■ »Ja, wir sind zu brav«. Die GEW Bremen ist ein zahnloser Papiertiger, der sich zwar regelmäßig mit berechtigten Forderungen und Appellen an die Entscheidungsträger der Bremer Bildungspolitik wendet, aber als eine streitbare, schlagkräftige und durchsetzungsfähige Interessensvertretung der Bremer Lehrerschaft kaum in Erscheinung getreten ist. So lauten einige Thesen. Für mich als pensionierte Lehrerin, Gewerkschaftsmitglied seit mehr als 30 Jahren und ehemalige Personalrätin stellt sich die

»Durchaus Erfolgserlebnisse«

GEW-Initiativen bekämpfen Ungerechtigkeiten und schaffen Transparenz

Sabine Faust

Frage, ob damit wirklich die Realität beschrieben wird. Meine Erfahrungen mit und in der GEW sind durchaus mit Erfolgserlebnissen verbunden, wenn wir ungerechte Bedingungen am Arbeitsplatz durch gemeinsames solidarisches Handeln ausräumen konnten.

Sinnvolle Hinterfragungen

Ohne gewerkschaftliche Initiativen in Betriebsgruppen, ohne den Einsatz unserer Mitglieder in Personalaussschüssen, ohne unsere Anträge auf Gesamt- und Schulkonferenzen wären Entscheidungen von Schulleitungen kaum hinterfragt oder transparent gemacht worden wie zum Beispiel die Offenlegung der Verteilung von Entlastungsstunden für besondere Aufgaben oder die Berücksichtigung von Einsatzproblemen einzelner Kolleg*innen bei der Gestaltung von Stundenplänen.

Mitte der 80er-Jahre wurde mit Hilfe der GEW die sogenannte »Fristi-gruppe« gegründet, und es konnten mit rechtlicher Unterstützung unserer Gewerkschaft vor dem Bremer Landesarbeitsgericht für etwa 120 Betroffene unbefristete Arbeitsver-



»Mehr persönliches Engagement...«, fordert Sabine Faust

träge durchgesetzt werden. Damals gehörte auch ich zu denen, die eine Festanstellung in den Schuldienst bekamen.

Bessere Arbeitsbedingungen

Nicht zuletzt hat die Mehrheit der GEW-Mitglieder im Personalrat Schulen durch Verhandlungen, Initiativanträge und Dienstvereinbarungen bessere Arbeitsbedingungen für die Kolleg*innen erreicht, wie zum Beispiel die Reduzierung der Präsenztage, die Dienstvereinbarung über bezahlte Kooperationszeiten und Klassenfahrten für die pädagogischen Mitarbeiter*innen.

Protest oft nur im privaten Kreis

Mit Recht beklagen sich Kolleg*innen über die immer weiter verschärften Arbeitsbedingungen, tun das aber oft nur im kleinen Kreis privater Gruppen. Die eigentliche Intention von Gewerkschaft als Solidargemeinschaft zur Abwehr schulpolitischer Fehlentwicklungen und zur gemeinsamen Durchsetzung verbesserter materieller und personeller Erfordernisse oder zum Einleiten wichtiger Reformen, die allerdings auch persönliches aktives Engage-

ment erfordert, ist noch längst nicht bei allen angekommen.

Beamtenstatus noch zeitgemäß?

Als Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes, in der überwiegend Beamte organisiert sind, steht uns momentan das stärkste Kampfmittel, der Streik, nicht zur Verfügung, was übrigens in diesem Jahr vom Bundesverfassungsgericht noch einmal bekräftigt wurde. Vor diesem Hintergrund darf gerade auch in unserer Gewerkschaft die Frage kein Tabu sein, ob der Beamtenstatus für unseren Beruf noch zeitgemäß ist. Wenn wir uns für die Verabschiedung von Vorteilen aus dem Beamtenstatus als Gegenwert das Streikrecht erobern, haben wir natürlich ganz andere Möglichkeiten für die Durchsetzung schulpolitischer Notwendigkeiten. Mir ist jedoch bewusst, dass dieser Vorschlag zur Stärkung unserer gewerkschaftlichen Kampfkraft von mir als pensionierter Beamtin nach »Wasser predigen und selbst Wein trinken« klingt, aber ohne Streikrecht müssen wir uns in Zukunft wohl immer wieder die Frage gefallen lassen: Sind wir zu brav?